

## **Auer: Kinderbetreuungsscheck ist eine Falle für tausende Mütter und Familien in Niederösterreich**

Utl.: Verteuerung der Kinderbetreuungseinrichtungen zu befürchten=

St. Pölten, (SPI) - Der von LHStv. Liese Prokop gestern in einer Aussendung befürwortete Kinderbetreuungsscheck ist kein geeignetes Mittel zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Eine Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf ist nicht gewährleistet, weil privatisierte Kinderbetreuungsplätze erheblich teurer wären, wobei auch die Qualität der Betreuung gefährdet wäre. Weiters würde sich für Frauen der Wiedereinstieg ins Berufsleben nach langer Abwesenheit deutlich erschweren. Ein weiterer Nachteil ist, daß durch den Kinderbetreuungsscheck Sozialleistungen - wie etwa Karenz- und Arbeitslosengeld, Notstands- und Teilzeitbeihilfe, sowie Beihilfen zur Kinderbetreuung und Familienzuschüsse der Länder - einfach entfallen würden", stellt die Sozialsprecherin der NÖ Sozialdemokraten, Abg. Helene Auer, zu einer gestrigen Aussendung von LHStv. Liese Prokop fest.\*\*\*\*

"5.700,- Schilling für jede Familie ist schön und gut - allerdings beträgt das Karenzgeld, daß bei einer Realisierung des Kinderbetreuungsscheck-Modells gestrichen werden würde, derzeit exakt 5.560,- Schilling. Prokop kann doch nicht im ernst annehmen, daß die Familien die Mehrkosten, die durch die Verteuerung der öffentlichen Kinderbetreuung entstehen würden, mit 40,- Schilling pro Monat begleichen werden können. Einhergehend mit der Einführung des Kinderbetreuungsschecks würden naturgemäß die Frauen verstärkt aus dem Arbeitsmarkt gedrängt, da die Familien mit einer Verteuerung der Kinderbetreuungseinrichtungen konfrontiert wären", so Auer weiter.

Der Kinderbetreuungsscheck schafft auch keine neuen Arbeitsplätze, wie dies der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen tut", stellt Auer klar. "Aber eine der wohl fahrlässigsten Konzeptionen ist die geplante Auszahlung pro Familie - und nicht, wie es logischer wäre, pro Kind. Durch diesen Plan würden finanzschwache Familien und Mehrkinderhaushalte - vor allem durch die Verteuerung der öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen - klar benachteiligt. "Was bleibt, ist ein unausgegorenes, gefährliches und vor allem familienpolitisch kaum durchdachtes Konzept, welches im Sinne der Familien und der berufstätigen Frauen rundweg abgelehnt werden muß",

stellt Auer abschließend klar.  
(Schluß) fa

Rückfragehinweis: Landtagsklub der SPÖ NÖ

Tel: 02742/200

\*\*\*\*\*ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS\*\*\*\*\*

OTS0015 1998-08-08/08:05

080805 Aug 98

Link zur Aussendung:

[https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_19980808\\_OTS0015](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19980808_OTS0015)